

Sechs Monate Staatspräsident Sarkozy: Stimmungswandel in Frankreich?

Nach nunmehr sechs Monaten Amtszeit von Nicolas Sarkozy steht der französische Staatspräsident vor seiner ersten wirklichen Bewährungsprobe. Nachdem Verbote einer Protestwelle durch den Streik der Eisenbahner und der Air France Stewards und Stewardessen im Oktober relativ glimpflich vorübergegangen waren, bahnt sich für Mitte November eine umfassendere Streikwelle an, deren Verlauf und Auswirkungen ungewiss sind.

Die französische Bahn sowie die Pariser Metro- und Busfahrer wollen ab dem 13. und 14. November den öffentlichen Verkehr lahm legen, um die Streichung ihrer Rentenprivilegien zu verhindern, Studentenorganisationen formieren sich gegen die Hochschulreform. Hinzu kommt der für den 20. November angekündigte Streik im öffentlichen Dienst mit seinen mehr als 5 Mio. Beschäftigten, bei den Gas- und Stromversorgern, Post und Telekommunikation, den Lehrern sowie am 29. November Streik im Justizwesen.

Im Sommer waren unter der neuen französischen Regierung bereits vier grundlegende Reformmassnahmen im Eiltempo auf den Weg gebracht worden: das Finanz- und Steuerpaket, die Verschärfung des Strafrechts für Wiederholungstäter und jugendliche Straffällige, die begrenzte Universitätsreform zur Förderung der Autonomie an Universitäten und das Rahmengesetz für die obligatorische Einführung eines Mindestservices bei Streiks in öffentlichen Verkehrsbetrieben.

In diesem Herbst wurde von der Regierung ein **zweites großes Reformpaket** mit Vorhaben eingeleitet, die teilweise nicht un-

umstritten sind und den Protest der Gewerkschaften zur Folge haben. Dabei stehen an erster Stelle die Reform der Renten Sonderregelungen (régimes spéciaux) und die Reformbestrebungen im öffentlichen Dienst (Einsparung von 50% der freiwerdenden Beamtenstellen).

Ziel der **Rentenreform** ist die Angleichung der Renten-Sonderregelungen für öffentliche Staatsbetriebe (wie z.B. EDF und GDF sowie SNCF und RATP) an das allgemeine Rentensystem. Der Schwerpunkt liegt auf der Anhebung der Beitrittszahlungen auf vierzig Jahre; in den Staatsbetrieben liegen diese zur Zeit bei 37,5 Jahren bei einem gesetzlichen Rentenalter zwischen 50-60 Jahren. Der Bezugsrahmen liegt dabei beim letzten Gehalt und umfasst eine variable Zulage. Im Gegensatz zur Privatwirtschaft und zum öffentlichen Dienst können die Beschäftigten bei der Bahn oder den Pariser Verkehrsbetrieben schon mit 55 Jahren, Lokführer gar mit 50 Jahren in Rente gehen.

Insgesamt sind 1,6 Millionen Personen von der Reform der Rentenprivilegien betroffen, davon 500 000 Beschäftigte und 1,1 Mio. Pensionäre, für deren Renten der Staat jährlich 5 Mrd. Euro aufbringen muss.

Nicolas Sarkozy ist davon überzeugt, diese Reform durchsetzen zu können: Die öffentliche Meinung habe sich seit 1995 und der Reform Juppé geändert und die Franzosen wären sich heute stärker dem Gleichheitsgrundsatz bewusst, was eine Angleichung des Rentenalters unabdingbar mache. Insgesamt scheinen die Franzosen hinter dem

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE

GORAWANTSCHY

11. November 2007

www.kas-paris.fr

Reformvorhaben zu stehen¹. Nach einer Umfrage des Instituts CSA sprechen sich 68% der Befragten für die Reform aus.

Der Erfolg des Reformvorhabens hängt nun also von den Verhandlungen mit den Gewerkschaften und deren Kooperationsbereitschaft ab.

Nach dem ersten Streik Mitte Oktober und den neuen angekündigten Streiks für Mitte November geht die Regierung bisher nicht von ihren Reformvorhaben ab. Xavier Bertrand, Minister für Arbeit, soziale Beziehungen und Solidarität präzisierte am 6. November, dass die Reform am 1. Juli 2008 in Kraft treten sollte, die Dauer der Beitragszahlungen werde dann schrittweise bis zum 1. Dezember 2012 angehoben.

Der französische Präsident hat den Prozess inzwischen beschleunigt: Die Regierung soll die Verhandlungen vor Ende des Jahres abschließen, mit dem Ziel, noch vor dem 31. Dezember per Dekret die Situation in den verschiedenen betroffenen Unternehmen zu regeln.

Die **Reform des öffentlichen Dienstes** (der 20% der Erwerbstätigen und 40% des Staatshaushaltes umfasst) ist die zweite zentrale Herausforderung für die Regierung. Mit der Ankündigung eines Strukturwandels im französischen Staatsdienst soll ein drastischer Abbau der Beamtenstellen erfolgen. Nur eine von zwei Stellen, die durch Pensionierungen frei werden, soll wiederbesetzt werden, mit der Absicht, die Sparziele in den nächsten Jahren noch weiter zu verschärfen. Als Gegenleistung soll eine Aufwertung der Berufe stattfinden sowie Lohn-erhöhungen ermöglicht werden. Diese Reform, die auch mit „out-sourcing- Maßnahmen“ verbunden sein wird, ist in der öffentlichen Meinung unpopulär (nur 33% der Bevölkerung unterstützt dieses Programm²), weil gravierende Probleme im Schulsystem, in der Regionalverwaltung und im Gesundheitsbereich befürchtet werden.

Im Bereich **Arbeit und Beschäftigung** ist am 1. Oktober das neue Gesetz zur Befreiung der Überstunden von Sozialversicherungsbeiträgen in Kraft getreten, welches Ende August verabschiedet worden war. Es sieht vor, dass Überstunden nicht mehr der Einkommenssteuer unterliegen und die Sozialbeiträge größtenteils gesenkt werden. Mit dem Gesetz will die Regierung zu Überstunden ermutigen: „Mehr arbeiten und mehr verdienen“.

Des Weiteren müssen die Stunden, die über die reguläre 35-Stunden-Woche bzw. 218 Tage pro Jahr hinausgehen, zu 25% mehr bezahlt werden. Insgesamt darf bis zu 43 Stunden die Woche gearbeitet werden. Arbeitgeber bekommen einen pauschalen Nachlass von 1,50 Euro pro Überstunde auf die Sozialbeiträge bei einem Unternehmen von 1-19 Arbeitnehmern, sonst liegt die Pauschale bei 0,50 Euro.

Die Arbeitnehmer sind nicht von dem Erfolg der neuen Gesetzgebung überzeugt. Für sie bedeutet es vor allen Dingen einen erhöhten administrativen Aufwand, da alle Überstunden genau belegt werden müssen. Neben der hohen Komplexität scheinen die neuen Bestimmungen nur eine geringe Wirkung zu haben. Die Senkung der Sozialbeiträge scheint zu gering auszufallen.

Im Oktober wurde zudem die Schaffung einer einheitlichen Arbeitsagentur durch die Fusion der ANPE (Agence Nationale pour l'emploi), der Arbeitsvermittlung und der Unedic (Union nationale interprofessionnelle pour l'emploi dans l'industrie et le commerce), der Arbeitslosenkasse eingeleitet zur besseren Betreuung der Arbeitssuchenden.

Hilfestellungen sollen auch an die Klein- und mittelständischen Betriebe gehen, damit diese auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig bleiben. Hier wird ein Gesetz ähnlich dem amerikanischen „small business act“ angestrebt, um den Unternehmen einen Anteil an den öffentlichen Märkten zu garantieren.

¹ Vgl. *Le Monde*, 18.09.2007 „Retraites: Sarkozy veut conjurer le spectre de 1995“

² Vgl. *Le Figaro*, 20.09.2007

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE

GORAWANTSCHY

11. November 2007

www.kas-paris.fr

Heftig umstritten war ebenfalls das neue **Einwanderungs-, Integrations- und Asylgesetz**, welches Ende Oktober verabschiedet wurde. Die wichtigsten Inhalte sind die folgenden:

die Kandidaten für eine Familienzusammenführung müssen sich in ihrem Heimatland einer Evaluierung ihrer Französischkenntnisse und ihrer Kenntnisse über die Grundwerte der französischen Republik unterziehen. Gegebenenfalls wird eine zweimonatige Schulung mit anschließend erneuter Überprüfung der Kenntnisse verlangt.

Einführung von DNA-Tests für nachzugswillige Familienangehörige zum Nachweis der Blutsverwandtschaft auf freiwilliger Basis, in begründeten Zweifelsfällen und auf Probe bis 2010, um dann die Regelung einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Die Tests müssen vorab richterlich genehmigt werden und ausschließlich durchgeführt werden, um das verwandtschaftliche Verhältnis zur Mutter nachzuweisen, die Kosten werden vom französischen Staat getragen.

Bei einer Familienzusammenführung muss ein ausreichendes Gehalt nachgewiesen werden. Ein Dekret wird dabei die Höhe je nach Familiengröße festlegen, das Einkommen muss mindestens der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns (Smic) von 1280 Euro entsprechen.

Eltern unterzeichnen bei einer Familienzusammenführung einen sog. Integrationsvertrag, mit dem sie sich verpflichten, den Schulpflichten nachzukommen.

Das französische Amt für den Schutz der Flüchtlinge und Staatenlosen wird nunmehr dem Ministerium für Immigration unterstellt (früher: Außenministerium).

Eine Eingliederung von ausländischen Arbeitnehmern in Bereichen mit hohem Einstellungsbedarf ist möglich. Ausländische Arbeitnehmer transnationaler Unternehmen bekommen eine Aufenthaltsgenehmigung, ohne dass dies der regulären Überprüfung unterliegt.

Hintergrund der neuen Gesetzgebung ist eindeutig eine Verschärfung der Einwanderungs- und Familienzuzugsbestimmungen und die Erleichterung der Abschiebung illegaler Einwanderer. Staatspräsident Sarkozy hat seinem zuständigen Minister für Einwanderung und nationale Identität klare Vorgaben gemacht – die Zahl der Abschiebungen auf 25000 pro Jahr zu erhöhen und den Anteil von qualifizierten Arbeitskräften unter den Zuwanderern von 7 auf 50 Prozent zu steigern. Damit soll einerseits das Wahlkampfversprechen aus den Präsidentschaftswahlen eingelöst werden, von der sog. „erlittenen Einwanderung“ (immigration subie) zur „gewählten Einwanderung“ (immigration choisie) zu gelangen.

Das neue Einwanderungsgesetz, insbesondere die DNA-Tests, hatte im Vorfeld nicht nur bei der linken Opposition, der Kirche und Menschenrechtsorganisationen, sondern auch bei einigen Regierungsvertretern Proteste ausgelöst und war als diskriminierend bezeichnet worden. Die Gesetzesversion, die letztlich verabschiedet wurde, war bereits um einige Aspekte entschärft, so auch um den heftig umstrittenen Artikel, mit dem illegalen Einwanderern auch der Zugang zu Notunterkünften verwehrt werden sollte.

Im Bereich Forschung und Bildung war das **Hochschulautonomiegesetz** bereits im Sommer verabschiedet worden und um Ausführungsbestimmungen im Oktober ergänzt. Seit dem 30. Oktober werden zunehmend mehr Universitäten bestreikt, wobei die Studentenvertretungen die Außerkraftsetzung des Gesetzes fordern. Die verspätete Reaktion der Studentenvertretungen ist darauf zurückzuführen, dass das Gesetz während der Semesterferien verabschiedet wurde

Hauptvorwurf an das sog. Gesetz « Pécresse » (benannt nach der ausführenden Ministerin Valérie Pécresse) ist die Befürchtung eines Ausverkaufs der Universitäten an die Wirtschaft, da die Universitäten auf Privatfinanzierungen zurückgreifen dürfen. So dürfen nach Artikel 28 der Reform universitäre Stiftungen eingerichtet werden, die private Investitionen möglich machen. Viele haben

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

11. November 2007

www.kas-paris.fr

nun die Sorge, dass sich der Einzug des Privatsektors in den universitären Bereich negativ auf die Forschung und die Studiengänge der Geistes- und Sozialwissenschaften auswirken könnte. Gleichzeitig befürchten die Studenten die Einführung eines Hochschulwesens mit zwei Geschwindigkeiten; nicht alle Universitäten sind für Unternehmen attraktiv.

Bisher formieren sich nur die radikalen Studentenorganisationen zu Streiks und Demonstrationen (Besetzung der Bahnhöfe beispielsweise); sollten sich auch die Gemäßigten anschließen, könnte leicht eine breite Anti-Sarkozy-Front entstehen.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Proteste der Gewerkschaften zu den Reformassnahmen wurde die Umsetzung der Vorschläge der Balladur-Kommission zur **Reform der Institutionen**, die der französischen Regierung am 1. November vorgelegt wurden, auf das nächste Jahr vertagt. Die insgesamt 77 Vorschläge der unabhängigen Sachverständigenkommission unter Leitung von Ex-Premier Edouard Balladur sind im wesentlichen gekennzeichnet, die Rolle des Präsidenten weiter zu stärken und die Arbeitsweise der Institutionen zugunsten der Stärkung der Funktionen des Parlaments wieder auszugleichen sowie die Mitwirkung der Bürger am politischen Prozess zu verstärken. Zu Beginn der 77 Vorschläge wird die Rolle des Präsidenten klar definiert:

„Der Präsident bestimmt die Politik der Nation“ (eigentlich Aufgabe des Premierministers) (Art. 5) und „die Regierung setzt die Politik der Nation um“ (Art. 20). Dem Präsident soll die Möglichkeit eingeräumt werden, vor der Nationalversammlung oder dem Senat das Wort zu ergreifen, um seine Politik zu erläutern (ist bislang verfassungsmäßig untersagt vor dem Hintergrund der Gewaltenteilung), wobei seine Rede Anlass zu einer Aussprache geben kann, der keine Abstimmung erfolgt. Die Rolle des Parlaments soll u.a. durch die Erhöhung der Anzahl der ständigen Kommissionen von 6 auf 10 gefördert werden. Zudem wird die Stärkung der Rechte der Opposition im Sinne einer verfassungsmäßigen Verankerung gefordert. Im Hinblick auf die Stärkung der

Bürgerrechte wird die Einführung einer Dosis Verhältniswahlrechts vorgeschlagen.

Große Zustimmung in der französischen Öffentlichkeit und in den Medien fand die sog. „Grenelle de l'environnement“, der zweitägige **Umweltgipfel** in Paris Ende Oktober, mit dem ein Wertewandel in der französischen Politik eingeläutet wurde. Mehr Medienereignis als tatsächliche „ökologische Revolution“, wurden zumindest Absichtserklärungen verkündet, die auf eine stärkere umweltbewusste Politik in der Zukunft schließen lassen. Dabei stand Sarkozys Ankündigung, dass keine zusätzlichen Kernkraftwerke gebaut werden sollten, im Mittelpunkt des Medieninteresses. Darüber hinaus wurde die Prüfung einer Besteuerung des Schadstoffausstoßes in Aussicht gestellt. Dem Schienen- und Schiffsverkehr solle Vorrang vor dem Autobahnbau eingeräumt werden. Weitere Gesetzesänderungen, die geplant sind: Senkung der Geschwindigkeitsbegrenzungen im Straßenverkehr ab (von 130 auf 120 Stundenkilometer für die Autobahn, von 90 auf 80 für Landstraßen), Schwerlastabgabe für Lastwagen und Einsparung von Energie durch Verbesserung der Wärmeisolation der Wohnungen (hier sollen finanzielle Anreize und Förderprogramme erfolgen). Ebenfalls angedacht ist eine Ökosteuer.

Stimmungswandel in Frankreich?

Ist die angekündigte Streikwelle nunmehr als Stimmungswandel nach der anfänglichen Euphorie zu interpretieren? Sind es erste Anzeichen zu einer Rückkehr nach 1995, als ein vier Wochen langer Streik Frankreich buchstäblich lahm gelegt hat? Auslöser der Proteste damals war eine ähnliche Rentenreform, die die Regierung schließlich zurücknehmen musste. Oder handelt es sich um das letzte Aufbäumen einer Gewerkschaftsbewegung, die einer neuen politischen Ausgangssituation in Frankreich gegenüber steht – in erster Linie einer veränderten öffentlichen Meinung im Gegensatz zu 1995 und einer de facto nicht existierenden politischen Opposition.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

11. November 2007

www.kas-paris.fr

Nach wie vor sind die Sympathiewerte für Nicolas Sarkozy – wenn auch tendenziell leicht rückläufig – ungebrochen. Die Politik der „ouverture“ (der politischen Öffnung) und der desolaten Zustand der Opposition haben eine parlamentarische Opposition in Frankreich vorübergehend außer Kraft gesetzt. Die Gewerkschaften versuchen, dieses Vakuum zu füllen. Der Umgang der französischen Regierung mit der kommenden Streikwelle und das Verhandlungsgeschick der Regierung werden darüber entscheiden, ob die „Methode Sarkozy“, das Reformtempo und die Gleichzeitigkeit zahlreicher Reformen Bestand haben wird. Ein Konflikt kann nur dauerhaft gelöst werden, wenn beide Seiten daraus einen Nutzen ziehen. Nicolas Sarkozy hatte unmittelbar nach seinem Amtsantritt den Dialog mit den Gewerkschaften gesucht. Wenn auch Sarkozy nach den aktuellen Umfragen über die demokratische Legitimation mancher seiner Reformvorhaben – etwa der Abschaffung der Rentenprivilegien in Staatsunternehmen – verfügt, kann sich die öffentliche Meinung schnell ändern. Anhaltende Streiks werden die Stimmung der Franzosen nicht verbessern. Laut Umfragen und aktuellen Medienberichten habe ein Großteil der Franzosen festgestellt, dass die Maßnahmen des Steuerpaktes noch wenig spürbar sei und im Gegenteil ein Preisanstieg sowie eine Erosion der Kaufkraft festgestellt würden.

Aufmerksame Beobachter vermuten, dass Sarkozy den Konflikt mit den Gewerkschaften absichtlich heraufbeschwört. Er geht damit einerseits ein hohes Risiko ein – Dauer und der Ausgang der Streikwelle werden Auswirkungen auf die im Frühjahr stattfindenden Kommunalwahlen haben; aber wenn er diesen Kampf gewinnt – im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger – ist er es, der wiederum gestärkt daraus hervorgeht. Frankreich steht vor einer inneren Zerreißprobe und Nicolas Sarkozy vor der größten Herausforderung seit seinem Amtsantritt.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Außenstelle Paris
Telefon
+33- 1 56 69 15 00
Telefax
+33- 1 59 69 15 01
Mail
kas@kas-paris.fr
Internet
www.kas-paris.fr